

Stand: 17.05.2024 00:43:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/20549

"Auf dem Weg in die Freiheit - 3G statt geschlossen, 2G plus oder 2G"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/20549 vom 09.02.2022
2. Beschluss des Plenums 18/20658 vom 10.02.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 104 vom 10.02.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Auf dem Weg in die Freiheit – 3G statt geschlossen, 2G plus oder 2G

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in allen Bereichen, in denen aktuell 2G plus und 2G Anwendung finden, sowie Branchen, die derzeit geschlossen sind, unverzüglich unter 3G-Bedingungen zu öffnen. Die 15. Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV) ist entsprechend anzupassen.

Begründung:

Bayern braucht nach zwei Jahren Coronapandemie eine klare Öffnungsperspektive. Die Omikronvariante bietet trotz sehr hoher Neuinfektionen die Möglichkeit dafür. Erstmals seit Beginn der Pandemie entkoppelt sich die Entwicklung der Inzidenz von der Zahl der schwer erkrankten Coronapatienten auf bayerischen Intensivstationen. Deswegen sind weitgehende Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens nicht mehr angemessen. Die Hospitalisierungsrate liegt im Moment deutschlandweit nur bei etwa fünf Menschen auf 100 000 Einwohner pro sieben Tage. Eigentlich wäre die Hospitalisierungsrate sogar deutlich niedriger, wenn nur die Patienten betrachtet würden, bei denen tatsächlich eine Covid-Erkrankung ursächlich für den Krankenhausaufenthalt ist. Die undifferenzierte Berechnung der Hospitalisierungsrate erzeugt eine verzerrte Datenlage. Die Omikronmutante ist zwar ansteckender, aber die Krankheitslast ist viel geringer als bei vorherigen Varianten in bereits abgeflachten Wellen. Es ist davon auszugehen, dass die Hospitalisierungsrate weiter verzerrt wird, wenn keine Bereinigung des Meldeverfahrens erfolgt. Eine weitere Zunahme der Neuinfektionen führt zu einer weiter steigenden Anzahl an Covid-Patienten in den Kliniken, auch wenn diese wegen anderer Erkrankungen im stationären klinischen Bereich aufgenommen werden.

Die vorliegenden wissenschaftlichen Daten aus Deutschland und aus den europäischen Nachbarländern zeigen, dass weitere Öffnungsschritte möglich und überfällig sind. Eine rationale Abwägung muss zu dem Schluss kommen, dass die Folgen von Omikron keine weitreichenden Grundrechtseinschränkungen – beispielsweise der Berufsfreiheit in den nach wie vor geschlossenen Bereichen – rechtfertigen.

Die in der Kabinettsitzung am 08.02.2022 beschlossenen Öffnungsschritte, wie das Kippen der längst überfälligen Sperrstunde in der Gastronomie, die Auslastung von 75 Prozent bei Kultur- und Sportveranstaltungen, die 3G-Regel für körpernahe Dienstleistungen sind daher zu wenig und können nur als mutlose Trippelschritte bezeichnet werden. Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat nach der CSU-Vorstandssitzung am 07.02.2022 selbst von einer Entkoppelung der Omikronvariante von Infektionszahlen und Hospitalisierung gesprochen, wodurch weitere konsequente und vor allem für die Bevölkerung klar nachvollziehbare Öffnungsschritte zwingend sind. Die 3G-Regel bietet bei Einhaltung der Maskenpflicht und der Abstandsregeln aktuell genügend Sicherheit. Da eine Überlastung des Gesundheitssystems nicht droht, müssen die Menschen in Bayern in Eigenverantwortung entscheiden dürfen, welche Risiken sie für sich eingehen wollen und wie sie mit der Pandemiesituation individuell umgehen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/20549

Auf dem Weg in die Freiheit – 3G statt geschlossen, 2G plus oder 2G

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Beate Merk

Abg. Christina Haubrich

Abg. Susann Enders

Abg. Franz Bergmüller

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Albert Duin u. a. und Fraktion (FDP)

**Auf dem Weg in die Freiheit - 3G statt geschlossen, 2G plus oder 2G
(Drs. 18/20549)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. und Fraktion (SPD)

Transparente und klare Öffnungsstrategie (Drs. 18/20646)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Dr. Dominik Spitzer das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer von Ihnen weiß, welche Regel aktuell gilt? 3G macht es uns allen einfacher als 2G-Reglungen. Die Omikron-Variante bietet uns diese Chance, weil sich die Entwicklung der Inzidenz erstmals von der Zahl der schwer erkrankten Corona-Patienten entkoppelt.

Trotz hoher Neuinfektionen ist die Krankheitslast bei Omikron gering. Vorläufige Studienergebnisse zur Omikron-Variante von 18 Studien aus 11 Ländern zeigen: Die Hospitalisierungsrate ist um bis zu 90 % niedriger. Die Aufenthaltsdauer im Krankenhaus ist um drei bis vier Tage kürzer. Das Risiko, auf einer Intensivstation behandelt werden zu müssen, ist um bis zu 87 % geringer. Das Risiko, beatmet werden zu müssen, ist um 84 bis 100 % geringer. Das Sterberisiko ist um bis zu 91 % geringer.

Es ist keine Überlastung des Gesundheitssystems in Deutschland zu erwarten. Die Impfung schützt vor einem schweren Krankheitsverlauf. Deswegen sind weitgehende Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens nicht mehr angemessen.

(Beifall bei der FDP)

Die Hospitalisierungsrate liegt aktuell bei 5,6. Eigentlich wäre die Hospitalisierungsrate sogar noch deutlich niedriger, wenn nur die Patienten gezählt würden, bei denen tatsächlich die COVID-Erkrankung ursächlich für eine Krankenhausbehandlung ist. Ich möchte Ihnen dazu ein Beispiel geben.

In meiner Heimatstadt Kempten, bzw. in diesem Zusammenhang auch Immenstadt, sind auf der Intensivstation sieben Patienten mit einem PCR-Test positiv getestet worden, aber nicht symptomatisch. Das heißt, sie sind wegen einer anderen Erkrankung auf einer Intensivstation, etwa wegen eines Herzinfarkts oder eines Schlaganfalls. Bereinigt man diese Zahl, wären das null Patienten, nicht sieben Patienten.

Ein weiterer Anstieg der Neuinfektionen führt automatisch zu mehr asymptomatischen Patienten in der Klinik. Hätten Sie auf Bundesebene die Digitalisierung und damit die ePA, also die elektronische Patientenakte, vorgebracht, könnten die Hospitalisierungsrate und auch eine Impfdokumentation sehr einfach erfasst werden.

Die 3G-Regel bietet bei Einhaltung der Maskenpflicht und der Abstandsregeln aktuell genügend Sicherheit. Wenn die Regierungskoalition noch immer meint, mit 2G Ungeimpfte zum Impfen bewegen zu können, dann sollte sie sich doch bitte die Erstimpfungszahlen betrachten.

Öffnungsschritte statt Trippelschritte! Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, vielen Dank. – Ich rufe die nächste Rednerin auf. Das ist Frau Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Lage bei Corona wird allmählich besser. Darüber freuen wir uns. Das ist

gemeinsamen Anstrengungen und großem Verantwortungsbewusstsein in der Bevölkerung zu verdanken.

Die Pandemie ist aber noch nicht vorbei. Die Omikron-Welle ist immer noch stark. Sie rauscht sogar durch die Schulen und Kitas. Immer noch gibt es hohe Ansteckungszahlen und leider auch viel zu viele Todesfälle. In der gesamten Pandemie-Zeit haben wir als SPD immer großen Wert auf den Grundsatz gelegt, dass jede Maßnahme und jede Einschränkung immer genau daran gemessen werden muss, welchen tatsächlichen Beitrag sie zur Pandemiebekämpfung leistet.

Wir haben aber das Problem, dass es in Bayern dafür leider keine gültigen Maßstäbe mehr gibt. Der Ministerpräsident ruft selber immer wieder nach Öffnungsplänen in Richtung Berlin, obwohl er natürlich selber dafür zuständig wäre. Über Wochen und Monate hinweg hat er die Republik damit unterhalten – manche werden sagen: genervt –, dass die Zügel unbedingt in den Händen der Länder bleiben müssten und dass es daran keine Abstriche geben dürfe. So ist es nun eben auch festgelegt. Damit liegt die Verantwortung auch bei Ihnen von der Staatsregierung.

Sie haben aber leider nacheinander alle Richtwerte abgeschafft, zuallererst die Inzidenzen. Dann haben Sie im Herbst eine fragwürdige Krankenhausampel eingerichtet und sie klammheimlich wieder kassiert, weil sie untauglich war. Zuletzt sind auch die Hotspot-Regelungen weggefallen. Das war zwar richtig, aber Sie haben dazu angekündigt, dass ein neues System kommen soll. Dieser Ankündigung kommen Sie aber seit Wochen nicht nach.

Für eine transparente Öffnungsstrategie braucht es aber vernünftige Maßstäbe zur Bewertung der Lage. Alle wichtigen Faktoren müssen dabei im Blick sein. Natürlich müssen wir die Inzidenzen zumindest anschauen. Wir müssen die Lage in den Krankenhäusern und den Intensivstationen im Blick behalten. Wir müssen den R-Wert, vor allem aber auch die Impfquote und die Boosterquote im Blick behalten. Das muss transparent und nachvollziehbar sein. Diese Transparenz und Nachvollziehbarkeit ist

die Grundlage für Vertrauen und Mitwirkungsbereitschaft der Menschen. Darauf kommt es an. Ohne all das kann man überhaupt keine Maßnahmen umsetzen. Die Menschen müssen wissen, woran sie sind und was als Nächstes kommen soll. Um mit der Pandemie fertig zu werden, kommt es jetzt nach wie vor darauf an, dass möglichst viele geimpft und vor allem geboostert sind. Omikron ist weiter gefährlich für Ungeimpfte und leider auch für Menschen, die nur zweimal geimpft sind. Richtig geschützt sind die Leute und damit auch das Gesundheitswesen nur, wenn echter Impfschutz besteht, und zwar mit dem Booster. In Bayern sind leider nicht genügend Menschen geimpft und geboostert. Ob das mit einer Impfpflicht erreicht werden kann, das muss sich zeigen. Aber die kommt für Omikron eh zu spät. Mit 2G und 2G plus sind aber jetzt wirksame Anreize da, sich impfen und boostern zu lassen. Dieses Instrument jetzt pauschal, undifferenziert und vor allem abgekoppelt von einer nachvollziehbaren Lagebewertung aus der Hand zu geben, ist nicht sinnvoll. Stattdessen brauchen wir eine transparente und klare Öffnungsstrategie an nachvollziehbaren Maßstäben. Die Leute müssen wissen, woran sie mit uns und mit der Lage sind.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Kollegin Waldmann. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Beate Merk, CSU-Fraktion.

Ich gebe jetzt bekannt, dass Ihre Stimmkartentaschen draußen in Ihren Fächern einsortiert sind. Bitte gehen Sie dort hin und holen Sie die Stimmkartentaschen. Danke.

Frau Kollegin Merk, bitte. Sie haben das Wort.

Dr. Beate Merk (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir lehnen beide Anträge ab. Ich muss schon sagen: Ich bin ein bisschen erstaunt, sehr geehrter Herr Dr. Spitzer. Wir sind in einer Situation, die gar nicht so schlecht ist. Wir können schon etwas hoffnungsvoll nach vorne schauen auf einen Frühling und auf einen Sommer, die besser werden. Wir haben glücklicherweise mit der vorherrschenden Omikronvariante eine andere Lage als noch im Dezember oder im vergangenen Winter. Wir möch-

ten gar nicht daran denken, was wäre, wenn wir jetzt noch Delta hätten. Glücklicherweise sind wir auch in den meisten Krankenhäusern jetzt ein bisschen besser dran. Die Krankenhausgesellschaft sagt: keine Überlastung unseres Gesundheitssystems. – Dennoch sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter am Rande ihrer Belastungsgrenze. Es gibt auch einige enorme Engpässe in Krankenhäusern, nicht in allen, aber in manchen. Also bitte: Wir können jetzt noch nicht loslegen und sagen: Wir lockern komplett. – Völliger Unsinn!

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, gilt es, Lockerungen vorsichtig in Augenschein zu nehmen und nicht isoliert am Schreibtisch zu handeln, sondern auf der Basis der jeweiligen Lage, auf den Expertenrat hörend, politische Impulse dann zu geben und Entscheidungen dann zu treffen, wenn man die entsprechenden Informationen von den Krankenhäusern hat. So sollten konkrete Öffnungsschritte aussehen. Zugleich empfiehlt die Deutsche Krankenhausgesellschaft ein gut abgestimmtes, schrittweises und nicht so hektisches Agieren. Genau so und nicht anders gehen wir in Bayern vor. Insofern bin ich unserer Staatsregierung dankbar dafür, dass sie in dieser Woche bereits erste sanfte Öffnungsschritte vorgenommen hat.

Wir alle hoffen, dass wir in die endemische Phase der Pandemie kommen und damit schrittweise Normalität erreichen können. Vielleicht ist es ja Omikron, das die Endphase von Corona einläutet. Aber sicher können wir uns alle noch nicht sein; es wäre unseriös, so zu tun. Wir sind daher gut beraten, weiter mit Augenmaß unterwegs zu sein. Daher werden wir ohne Vorbehalte und Ideologien fortwährend evaluieren, welche Schritte zu welcher Zeit angebracht sowie verantwortbar sind. Ich bin unserem Minister Klaus Holetschek dafür unendlich dankbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alles hat seine Zeit. Eine gute Politik benötigt immer Maß, Mitte und Fingerspitzengefühl. So können wir die richtige Balance aus Freiheit und Sicherheit erreichen. Aber das, was die FDP jetzt fordert, hört sich fast schon an wie eine Absage an die Notwendigkeit der Impfung. Ich habe das vorhin auch ein bisschen aus den Worten von Frau Waldmann herausgehört. Das ist aber

nicht das, was wir wollen. Wir wollen, dass die Impfung nach wie vor ganz oben steht. Das ist der Königsweg. Das haben heute eigentlich alle demokratischen Parteien hier im Haus immer wieder deutlich betont. Deswegen dürfen wir auf keinen Fall den Eindruck entstehen lassen, als wären Erstimpfungen und Auffrischungsimpfungen nicht mehr nötig. Genau das Gegenteil ist der Fall. Zur Wahrheit gehört auch, dass wir immer noch nicht genau wissen, wie sich Omikron im Bereich Long und Post COVID tatsächlich auswirken wird. Wir wissen nicht, welche Folgen die jetzige Welle besonders auf unsere Kinder hat. Wir müssen das genau im Auge behalten – Stichwort PIMS zum Beispiel.

Deshalb sind unsere Balance und das schrittweise Handeln goldrichtig. Genauso richtig und wichtig ist es aber auch, dass wir für die Zukunft Perspektiven erarbeiten, sobald demnächst einmal – so hoffen wir doch – der Höhepunkt dieser Welle überwunden ist. Wir brauchen Tatkraft und Geduld.

Die FDP scharrt mit den Hufen. Sie möchte gern die Debatte bestimmen, um sich als Öffnungskämpfer feiern zu lassen. Das kann ich verstehen. Aber mir persönlich ist es weniger wichtig, wer die Debatten wie stark bestimmt. Mir geht es stattdessen nach wie vor um die Gesundheit und um das Wohlergehen der Menschen in unserem Land. Wir dürfen nicht ignorieren, dass durch die geforderten weitreichenden Öffnungen und durch die Zulassung aller Einrichtungen unter 3G die reale Gefahr besteht, dass die kritische Infrastruktur durch Ausfälle aufgrund der Isolations- und der Quarantänemaßnahmen nicht mehr aufrechterhalten werden kann und dass die Öffnung bisher geschlossener Bereiche selbst unter Voraussetzung von 2G plus aufgrund des dort bestehenden sehr hohen Transmissionsrisikos derzeit nicht vertretbar ist.

Das sind die Punkte, auf die ich noch mal deutlich verweisen will; denn wir haben heute alle miteinander gesagt: Es geht um den Schutz der Vulnerablen, der Kinder und der Vorerkrankten. Daher: Halten Sie die Füße noch ein wenig still! Wir lehnen den vorschnellen Antrag der FDP und den Antrag der SPD ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Dr. Merk, bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. – Wir haben zwei Zwischenbemerkungen; die erste ist von Herrn Dr. Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Merk, Sie argumentieren, wenn ich es richtig verstanden habe, mit der 2G-Regel, um letztendlich Ungeimpfte zur Impfung zu bewegen.

(Dr. Beate Merk (CSU): Natürlich!)

Das bedeutet, dass Sie, wenn wir aktuell 18.000 Erstimpfungen pro Tag – das war das Ergebnis vom 09.02.2022 – in ganz Deutschland haben, tatsächlich glauben, dass Sie 15,9 Millionen Personen – Über-Vierjährige bis nach oben – damit bewegen können, zum Impfen zu gehen. Ich glaube nicht, dass Sie dieses Ziel noch erreichen. Damit ist es im Umkehrschluss eigentlich nur sinnvoll, die 2G-Regelungen ad acta zu legen, weil dieser Druck niemanden dazu bewegt, sich impfen zu lassen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Dr. Beate Merk (CSU): Herr Dr. Spitzer, ich möchte sie aber auch nicht dafür belohnen, dass sie nicht zum Impfen gehen, sondern ich gehe davon aus, dass es nach wie vor wichtig ist, dass die Menschen, die vulnerabel sind und für sich selbst Sorge getragen haben und sich haben impfen lassen, nicht doch noch von jemandem infiziert werden, der in eine Einrichtung geht und das Virus in einer sehr großen Last mitbringt, weil er selbst nicht geimpft ist. Ich finde, das ist ein ganz wichtiges Thema, dass wir uns klarmachen: Freiheit hat Grenzen, nämlich dann, wenn ich anderen damit Schaden zufügen kann. Das ist mein Thema.

Ich kann mir vorstellen, dass nicht alle so weit sind, sich impfen zu lassen. Da haben Sie vollkommen recht. Aber wir reden die ganze Zeit über Impfpflicht. Solange wir keine Impfpflicht haben, sind 2G und 2G plus das Mindeste, was wir tun können.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Dr. Merk. Jetzt war bei mir noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Bergmüller angezeigt. Nein? – Nicht. – Das war fälschlich. Damit sind Sie hier sozusagen – in Anführungszeichen – entlassen. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Christina Haubrich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Omikron-Variante haben gewirkt. Sie haben insofern gewirkt, als damit eine Gefährdung der kritischen Infrastruktur vermieden wurde. Aber das Risiko, dass Stationen schließen müssen, weil zu viel Personal gleichzeitig krank ist, ist noch nicht vorbei. Noch steigen die Infektionszahlen weiter an. Würden wir dem Kurs der FDP folgen, Diskotheken und Clubs wieder zu öffnen, Geimpfte und Genesene gar nicht mehr zu testen, würde sich dieser Anstieg beschleunigen und vor allem verlängern.

Der Titel Ihres Antrags lautet: "Auf dem Weg in die Freiheit." Ich finde diesen Titel fragwürdig; denn Freiheit, Verantwortung und Solidarität gehören in einer Pandemie zusammen. Unsere Forderungen haben sich immer an der Freiheit orientiert. Wir müssen uns nicht erst auf den Weg machen, weil wir immer das gefordert haben, was maximale Freiheit in der jeweiligen Situation gebracht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von einem Weg in die Freiheit zu sprechen, ist deshalb einfach nur populistisch. Ich halte es durchaus für richtig, jetzt darüber zu sprechen, unter welchen Umständen welche Lockerungen durchgeführt werden können. Wenn eine Überlastung des Gesundheitssystems nicht mehr zu befürchten ist, dann ändert sich die Grundlage für die Infektionsschutzmaßnahmen natürlich auch grundlegend.

Zum jetzigen Zeitpunkt steigen die Hospitalisierungsinzidenzen zwar nur leicht, aber sie steigen noch. Angesichts der hohen Personalausfälle sollten wir noch etwas vorsichtig sein. Außerdem haben sich mit Omikron bislang vorwiegend junge Menschen infiziert. Sollten sich nun wieder vermehrt die älteren Menschen infizieren, dann können wir noch nicht vorhersagen, wie viele von ihnen zwei, drei Wochen im Krankenhaus behandelt werden müssen. Wie Sie wissen, haben wir einen deutlich höheren Anteil an ungeimpften älteren Menschen als beispielsweise in Dänemark oder Großbritannien.

Zudem geht es jetzt doch nur noch um wenige Wochen, die wir überstehen müssen, bevor sich die Situation entspannt. Warum brechen Sie ausgerechnet jetzt diese Drängelei vom Zaun? Finden Sie wirklich, dass offene Clubs bei einer Inzidenz von 2.000 ein vernünftiges Signal sind? Ich bin optimistisch, dass wir den Omikron-Zenit fast erreicht haben und bald in eine deutlich entspanntere Phase kommen werden. Dann können und müssen wir die ganzen Beschränkungen natürlich lockern. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Einen Augenblick, Frau Haubrich. Kommen Sie bitte noch mal ans Mikrofon. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung, von Herrn Dr. Spitzer. – Bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Haubrich, ich finde das schon spannend. Schauen wir jetzt mal nach Dänemark: Die Dänen hatten bei einer Inzidenz von über 5.000 alle Maßnahmen beendet. Es kam im Anschluss daran und bis zum heutigen Tag nicht zu einer Überlastung des Gesundheitssystems. Die Dänen haben aktuell eine Hospitalisierungsinzidenz von 39. Wir haben eine von 5,6. Das wird ja spannend. Wann, denken Sie, werden die GRÜNEN – wenn wir dem Vorbild Dänemarks irgendwann folgen – einverstanden sein, auch diese Maßnahmen mitzutragen, die Sie jetzt in Aussicht stellen?

Christina Haubrich (GRÜNE): Wie ich gerade gesagt habe, müssen wir uns jetzt darüber Gedanken machen, welche Maßnahmen wir wann lockern. Wir sind kurz vor dem Höhepunkt. Wir müssen uns also jetzt Gedanken machen. Wenn wir den Höhepunkt überschritten haben, werden wir auch über die Umsetzung der Lockerungen nachdenken. Ich habe es schon gesagt: Wir können Dänemark nicht mit dem vergleichen, was hier ist. Wir haben hier deutlich mehr ältere Personen, die ungeimpft sind. Die Gefahr, dass im Krankenhaus ziemlich viel Personal gleichzeitig ausfällt, besteht nach wie vor. Das ist die Gefahr. Darum müssen wir uns jetzt Gedanken machen, aber Lockerungen erst in Kürze umsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Haubrich. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Susann Enders von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Infektionsgeschehen entspannt sich. Ich glaube, wir FREIE WÄHLER haben auch in Regierungsverantwortung in den vergangenen zwei Jahren bewiesen, dass wir nicht stur schließen, sondern immer – und das betone ich ganz deutlich –, wenn es das Infektionsgeschehen zulässt, sofort öffnen oder öffnen wollen. Aber bitte, geehrte Kollegen von der FDP und der SPD, jetzt bitte Öffnungen mit Maß und Verstand und nicht alles auf einmal. Aus Zeitgründen sage ich nur noch: Wir lehnen den Antrag ab, und auch den Nachzieher.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Enders, bleiben Sie bitte noch da. Ich möchte mal nachfragen. Das war haarscharf.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Das war noch rechtzeitig.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: – Das war noch rechtzeitig. Dann, Frau Waldmann, Sie haben eine Zwischenbemerkung.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrte Frau Kollegin – –

(Die Mikrofonanlage setzt aus – Zurufe: Mikrofon!)

– Ist es jetzt an? Können Sie mich hören? Hören und hoffentlich auch verstehen! – Gut.

Sie haben gesagt, es soll jetzt nicht nach einzelnen Maßnahmen gerufen werden usw. Dann frage ich Sie: Gilt das dann auch für den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Aiwanger, der ja immer wieder mit Einzelforderungen daherkommt. Wir haben eben leider keinen Bewertungsmaßstab mehr, kein Richtwertesystem mehr. Gilt das dann auch für die Forderungen der FREIEN WÄHLER?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Frau Waldmann, das ist doch polemischer Mist, wenn ich das so sagen darf. Entschuldigung, aber dann frage ich danach, was Ihr Gesundheitsminister gerade für Sachen raushaut. Ich sage nur: Genesenenstatus. Das könnte ich genauso gut zurückspielen. Ich glaube, so machen wir keine anständige Politik. Tut mir leid.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächster Redner ist das Mitglied der AfD-Fraktion Herr Franz Bergmüller.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade zuvor wurde von der Rednerin der GRÜNEN darauf verwiesen und immer wieder die Inzidenz hervorgehoben. Wir haben von der Regierung und von

allen anderen Vertretern in der letzten Zeit gehört, dass die Hospitalisierungsrate entscheidend ist. Das möchte ich mal klarstellen. Es werden immer die falschen Argumente gebraucht.

Wenn ich jetzt sehe, dass der AfD-Antrag – nein, der FDP Antrag, jetzt komme ich schon durcheinander – heute mit leichten Änderungen kommt, kommt mir das so vor wie letztes Jahr zur Bundestagswahl, bei der sich die FDP auch als "AfD light" präsentiert hat, zum Beispiel bei der Impfpflicht, bei der Sie Ihr Versprechen gebrochen haben. Gestern Abend um 23:54 Uhr hat Ihr Grandseigneur Gerhart Baum bei der Impfpflicht rumgeeiert, nachdem er vorher als Impfpflichtbefürworter tituliert worden ist, und dann hat er noch zitiert, dass 40 % der Demonstranten einen rechtsextremen Hintergrund hätten – das habe der Herr Haldenwang gesagt. Daraufhin wurde korrigiert, es wären 10 % in Nordrhein-Westfalen gewesen.

Wir als AfD sind hier für die Freiheit der Individuen. Das heißt, jeder muss sich selber im Klaren sein, ob er sich selber schützen will – so wie ich als Risikopatient – oder ob er sagt, er geht mit der Krankheit um, weil er sich körperlich fit fühlt. Das ist die individuelle Entscheidung. Entscheidend ist – und das hat die ganze Corona-Bekämpfung bewiesen –, dass die vulnerablen Gruppen das Problem sind. Die sind zu wenig geschützt worden, sowohl von der deutschen Regierung als auch von anderen Regierungen, beispielsweise in Schweden.

Ich möchte darauf verweisen, dass wir immer schon gesagt haben, dass das schwedische Modell das richtige wäre. Gerade vorher wurde erwähnt, dass Dänemark bessere Grundvoraussetzungen gehabt habe, um zu lockern. Ja, aber Schweden, Finnland, Litauen, Lettland, Estland, alle nordischen Länder lockern, und zwar komplett, wie es auch aus unserer Sicht mindestens ab März erfolgen sollte, spätestens dann, wenn am 19. März im Bundestag darüber entschieden werden soll, ob diese Grundrechtseinschränkungen weiter aufrechterhalten werden können. Wir sagen, das geht nicht.

(Beifall bei der AfD)

Die CSU verweist immer auf Israel. Israel hat einen Kurswechsel vollzogen, und der Herr Söder natürlich auch. Heute steht über ihn im "Münchner Merkur": "Landesvater der Vorsichtigen und Schutzpatron der Ungeimpften". Ich sage: Herr Söder ist zu einem politischen Chamäleon geworden.

Boosterimpfungen wurden genannt. In meinem gesamten familiären Umfeld sind alle geboostert

, und fast alle haben zurzeit Omikron. Sie werden vor dem schweren Verlauf geschützt – das gebe ich durchaus zu –, aber dass wir die Ansteckungen und die vierte Welle brechen, ist Makulatur; die versprochene Wirkung ist nicht eingetreten. Deswegen sind die Maßnahmen und Grundrechtseinschränkungen unverhältnismäßig; sie müssen aufgehoben werden. Es ist unverhältnismäßig, dass im Freien 2G gilt, wo laut der führenden Aerosolforschung 0,91 % aller Ansteckungen im Freien passieren. Es ist unverhältnismäßig, dass in Gastronomiebetrieben, in denen es nachweislich gute Hygienemaßnahmen gibt, weiterhin 2G gilt und bei Friseuren 3G; es gibt keinen Unterschied bei den Ansteckungsquoten.

Fakt ist, dass die Ansteckungen durch diese Reglementierungen ins Private verschoben worden sind. Entweder lebe ich in einer falschen Welt oder aber die meisten Abgeordneten hier, die nicht mitbekommen, dass sich die Leute bei privaten Treffen anstecken. Das ist Fakt! Deswegen müssen wir die Maßnahmen beenden; sie sind unverhältnismäßig.

Der Gipfel der Dreistigkeit war heute früh um 08:34 Uhr die Behauptung von Bundesgesundheitsminister Lauterbach im "ZDF-Morgenmagazin", dass pro Tag 400 bis 500 Tote zu erwarten wären, wenn jetzt Lockerungen kämen – ohne jegliche wissenschaftliche Basis für seine Berechnungen. Das ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten. Er verbreitet Hysterie; das ist für uns unverantwortlich.

(Zuruf)

Was die SPD heute einbringt, konterkariert eigentlich, was Herr Lauterbach sagt.

Gestern war ich bei einem Kollegen, der 50 Jahre in der Gastronomie tätig ist. Er hat mich gefragt: Was meinst du, wie das weitergeht? Wir bekommen keine Arbeitskräfte mehr; die sind genauso wie in der Pflege abgewandert. – Gestern gab es eine interessante Sendung darüber, wie die Pflegekräfte unter Druck stehen, aber das wissen Sie alle. Da muss endlich einmal etwas geschehen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Bergmüller, vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor; dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/20549 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist nur die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und AfD-Fraktion. Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/20646 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion, die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Sauter (fraktionslos). Enthaltungen? – Bei der FDP-Fraktion. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun komme ich zurück zu den Dringlichkeitsanträgen unter Nummer 3 der Liste, bei denen wir jetzt die namentliche Abstimmung mit der Abstimmungsliste nachholen werden.

Ich rufe jetzt zur namentlichen Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 18/20548 betreffend "Gemeinsam aus der Coronapandemie: Impfungen vorantreiben – Risikopatienten und Pflegebedürftige vor COVID-19 schützen –

Rechtsstaat wahren!" auf. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten; die Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 17:33 bis 17:38 Uhr)

Die Abstimmung endet jetzt. Ich werde das Ergebnis später bekannt geben.

Ich rufe ebenfalls zur namentlichen Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/20645 betreffend "Staatsregierung darf Rechtsstaat nicht länger mit Füßen treten!" auf. Die Abstimmungszeit beträgt wieder fünf Minuten. Die Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 17:39 bis 17:44 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben.